

Prof. Dr. Martin Gornig ist Stellvertretender Leiter der Abteilung Unternehmen und Märkte am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Deutschland muss entschieden hinter dem erweiterten Junckerplan stehen

Die Krise in Europa ist längst nicht vorbei, und es spricht wenig dafür, dass sie 2017 von der Bildfläche verschwindet – die Unsicherheit über Italien, die anhaltenden Schwierigkeiten Griechenlands und die Folgen der Brexit-Entscheidung sind nur einige der Probleme, die Europa plagen. Das eine Allheilmittel für die europäische Wirtschaft gibt es nicht. Eine ziemlich wirksame Arznei hat sich die EU aber selbst schon verordnet: den sogenannten Junckerplan, der Investitionen in Milliardenhöhe anstoßen soll. Jetzt kommt es darauf an, dass die EU-Länder die Medizin auch richtig einnehmen, und da steht Deutschland besonders in der Pflicht. Gerade hierzulande ist gegen den jüngst erweiterten Plan viel Kritisches zu hören – aber gerade hier muss man sich beherzt zu ihm bekennen. Die Investitionen von heute in den Krisenländern Europas sind nämlich die Wachstumsimpulse von morgen für die ganze EU. Der 2014 initiierte Plan soll über ein gezieltes Kreditprogramm Investitionen in die Infrastruktur und die Modernisierung kleiner und mittlerer Unternehmen von insgesamt 315 Milliarden Euro auslösen. Die Umsetzung des Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI), Kernstück des Plans, ist gut angelaufen. Für über 40 Prozent der geplanten Finanzierungzusagen sind per Oktober 2016 Projekte genehmigt worden. Durch die Einbindung insbesondere anderer nationaler Fördermittel – in Deutschland beispielsweise über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) – erscheinen auch die unterstellten Anstoßeffekte auf private Investitionen realistisch.

Dennoch hagelt es Kritik. Der Europäische Rechnungshof fragt sich, ob die getätigten Investitionen nicht so oder so stattgefunden hätten und wittert Mitnahmeeffekte. Im deutschen Bundestag wird die Gefahr der Verdrängung privater Finanzierungsstrukturen heraufbeschworen. Eine Zwischenevaluation von EY bemängelt die regionale Ungleichverteilung der Kreditzusagen.

Aber bei aller (teilweise berechtigter) Kritik: Derzeit ist der EFSI eines der wenigen realistischen Instrumente, um der lahmenden europäischen Wirtschaft zu helfen und ein deutliches Signal für die europäische Integration zu setzen. Besonders der Fokus auf KMUs und Infrastrukturinvestitionen macht es zu einem geeigneten Instrument.

Tatsächlich kann es sein, dass teilweise Projekte gefördert werden, die auch ohne die europäischen Mittel durchgeführt worden wären. Andererseits könnten die zusätzlichen Wachstumsimpulse des EFSI deutlich größer sein als das anvisierte Ziel. Wenn auch nur ein Teil der EFSI-Mittel zusätzliche Investitionen in den Krisenländern anstößt, steigen dort Einkommen und Beschäftigung, was zu weiteren Investitionsanreizen führt. Über die enge Verflechtung der europäischen Volkswirtschaften kommen diese Impulse dann auch im übrigen Europa – insbesondere in Deutschland – an.

Auch die Kritik an den möglichen Verdrängungseffekten privater Finanzierungsstrukturen geht ins Leere. Bisher haben (pro Kopf) Italien, Spanien und Frankreich überdurchschnittlich von den Kreditprogrammen profitiert. Länder also, in denen die privaten Finanzierungsstrukturen alles andere als gesund und effizient sind. In Osteuropa, wo bislang relativ wenige Zusagen vorliegen, dürfte die Kooperation mit der Europäischen Investitionsbank, die das Kreditprogramm steuert, zu einer Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Finanzsystems beitragen.

Angesichts der positiven Zwischenbilanz war es die richtige Entscheidung, den Plan trotz deutscher Zurückhaltung jüngst aufzustocken und zu verlängern. In der nächsten Phase sollten aber stärker Investitionen in soziale Infrastruktur gefördert werden – in Gesundheitsstrukturen in unterversorgten Regionen, in Bildungseinrichtungen, in Strukturen, die die Integration von Migrantinnen und Migranten begleiten. So könnten die Impulse der europäischen Integration noch näher an die Menschen gebracht werden.

Eine längere Fassung dieses Kommentars ist Anfang Januar bei Focus Online erschienen.

DIW Berlin

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion
Sabine Fiedler
Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion
Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Ilka Müller
Mathilde Richter
Miranda Siegel
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat
Simon Junker
Alexandra Fedorets

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung
Edenspiekermann

Satz
eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Serviceabteilung Kommunikation des DIW Berlin (kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.